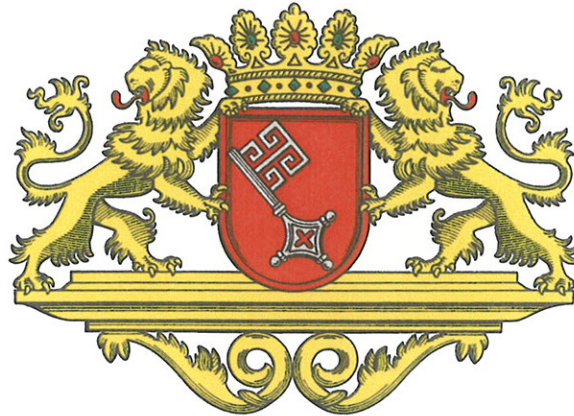


Der Präsident des Senats

Freie Hansestadt Bremen



Kommission von Bundestag und Bundesrat
zur Modernisierung
der Bund-Länder-Finanzbeziehungen
Kommissionsdrucksache
006

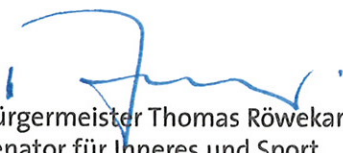
Bremer Initiative zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen

1. In der Freien Hansestadt Bremen ist es eine gute Tradition, dass Unternehmen, Arbeitnehmer und die politisch Verantwortlichen zusammenstehen, wenn es um die Lebensfragen unseres Gemeinwesens geht. So haben Kammern, Verbände, Gewerkschaften, Senat und Magistrat immer gemeinsame Positionen entwickelt und gemeinsam gehandelt, wenn es galt, ein faires bundesstaatliches Finanzsystem zu gewährleisten und die Selbständigkeit des Stadtstaates zu wahren.
2. Diese Tradition wollen die Unterzeichner mit dieser „Bremer Initiative“ fortsetzen, weil wir heute vor ganz besonderen Herausforderungen stehen: Bundestag und Bundesrat haben im Dezember 2006 eine gemeinsame Kommission zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen eingesetzt. Sie soll Vorschläge erarbeiten, wie das bundesstaatliche Finanzsystem den veränderten Rahmenbedingungen inner- und außerhalb Deutschlands angepasst werden kann. Ihr Ziel ist es, die Eigenverantwortung der Gebietskörperschaften zu stärken und ihre aufgabenadäquate Finanzausstattung sicherzustellen.
3. Die Unterzeichner begrüßen den Beginn der Diskussion über eine zweite Stufe der Föderalismusreform. Damit wird die erste Stufe, in der finanzielle Fragen weitgehend ausgeklammert waren, um ein zentrales Element ergänzt. Die Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzsystems ist ein weiterer wichtiger Schritt, um die Strukturen der Bundesrepublik Deutschland zukunftsfähig zu gestalten. Nur ein funktionsfähiges Finanzsystem und solide finanzierte öffentliche Haushalte bei Bund, Ländern und Gemeinden können die Erfüllung der verfassungsmäßigen Aufgaben gewährleisten. Sie sind zentrale Voraussetzungen, das wirtschaftliche Wachstum zu stärken, die Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern und den Sozialstaat zu sichern. Ein neu geordnetes föderales Finanzsystem muss zukünftig positive Anreize zur wirtschaftlichen Prosperität aller Länder geben.
4. Deutschland braucht eine solche Reform. Die Freie Hansestadt Bremen unterstützt sie, weil sie für den ganzen Bundesstaat und zur Sicherung seiner Zukunftschancen erforderlich ist. Bremen hat als eine der ältesten Stadtrepubliken im bundesstaatlichen Gefüge eine ganz spezifische Rolle. Es wird aus seiner eigenen Geschichte und seinen Erfahrungen heraus alles daran setzen, die föderale Vielfalt der Bundesrepublik zu erhalten und zur Stärkung des deutschen Föderalismus beizutragen.

5. Bremen hat über diese allgemeinen Ziele hinaus aber auch ganz besondere Erwartungen bei der Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Dabei geht es vor allem um eine faire Behandlung hinsichtlich seiner besonderen Strukturen, Probleme und Aufgaben als Teil einer schlüssigen Gesamtreform. Als zentrale Themenfelder sind zu nennen:
- Eine stärkere Berücksichtigung der Wirtschaftskraft bei der Steuerverteilung; wirtschaftliche Erfolge müssen sich auch fiskalisch auszahlen.
 - Ein Gesamtsystem zur Prävention und Bewältigung von Haushaltsnotlagen, in dessen Rahmen auch eine Lösung der bestehenden Haushaltsnotlage Bremens gefunden werden muss.
 - Veränderungen der bundesstaatlichen Lastenverteilung, die besondere strukturelle Lasten einzelner Länder berücksichtigen; das betrifft auch die besondere Aufgabenstruktur eines Stadtstaates.
 - Eine Anerkennung der Leistungen der Hafenstandorte für die Bundesrepublik Deutschland durch eine nationalstaatliche, in sich geschlossene Hafenpolitik und eine angemessene Beteiligung von Bund und Ländern an den damit verbundenen Lasten für die betroffenen Landeshaushalte.
6. Unterstützung und Solidarität des Bundes und der anderen Länder setzen allerdings voraus, dass Bremen alle zumutbaren Eigenanstrengungen erbringt. Bremen hat bisher alle von Bund und Ländern gesetzten Sanierungsaufgaben erfüllt und wird den gegenüber dem Bundesverfassungsgericht dargelegten Finanzrahmen auch in Zukunft einhalten. In diesem Rahmen werden wir uns dafür einsetzen, durch aktive Strukturpolitik, Stärkung von Bildung, Wissenschaft und Technologie sowie wirtschaftsstärkende Investitionen die langfristige Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu sichern und zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen.
7. Die Unterzeichner vereinbaren, sich nach innen – in Bremen und Bremerhaven – und nach außen – bundesweit – mit ihren jeweiligen Möglichkeiten dafür einzusetzen, dass
- die Föderalismusreform im Interesse des ganzen Bundesstaates zu einem Erfolg wird,
 - dabei auch die spezifische Situation Bremens angemessen berücksichtigt wird,
 - die Freie Hansestadt Bremen als Stadtstaat im deutschen Föderalismus auch weiterhin eine aktive und bereichernde Rolle spielen kann.



Bürgermeister Jens Böhrnsen
Präsident des Senats der Freien
Hansestadt Bremen



Bürgermeister Thomas Röwekamp
Senator für Inneres und Sport



Oberbürgermeister Jörg Schulz
Magistrat der Stadt Bremerhaven



Bürgermeister Michael Teiser
Magistrat der Stadt
Bremerhaven



Lutz H. Peper
Präses der Handelskammer
Bremen



Dr. Matthias Fonger
Hauptgeschäftsführer
Handelskammer Bremen



Helga Ziegert
Vorsitzende Deutscher
Gewerkschaftsbund Bremen,
Bremerhaven



Hans Driemel
Präsident der Arbeitnehmer-
kammer Bremen



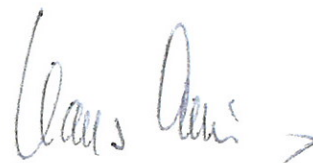
Dr. Hans-L. Endl
Hauptgeschäftsführer Arbeit-
nehmerkammer Bremen



Ingo Kramer
Präsident der Unternehmens-
verbände im Lande Bremen e. V.



Ortwin Baum
Hauptgeschäftsführer der Unter-
nehmensverbände im Lande
Bremen e. V.



Claus Brüggemann
Präsident der Industrie- und
Handelskammer Bremerhaven



Michael Stark
Hauptgeschäftsführer
Industrie- und Handelskammer
Bremerhaven



Joachim Feldmann
Präses der Handwerkskammer
Bremen



Michael Busch
Hauptgeschäftsführer
Handwerkskammer Bremen

Bremen, den 5. März 2007